

**An die Angehörigen und SympathisantInnen  
der Kommunistischen Plattform  
der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg**

**Landeskoordinierungsrat der  
Kommunistischen Plattform**

Kontakt:

**Klaus Curth**

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: [utahohfeld@t-online.de](mailto:utahohfeld@t-online.de)

[www.dielinke-brandenburg.de](http://www.dielinke-brandenburg.de)

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

**11. Informationsblatt der KPF Brandenburg**

**Oktober 2012**

***EXTRABLATT***

***Die DDR – ein Paukenschlag in der  
deutschen Geschichte***

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 11. Informationsblatt geben wir Euch aus aktuellem Anlass einen Vortrag zur Kenntnis, den unser Genosse Herbert Meißner in Würdigung des 63. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auf einer Veranstaltung der „Aktionseinheit Links“ gehalten hat.

„Aktionseinheit Links“ ist eine Initiative linker Gruppierungen im Land Brandenburg, in die wir uns als Basismitglieder der Partei DIE LINKE und Angehörige der Kommunistischen Plattform mit einbringen wollen.

Wir meinen, dass es dringend notwendig ist, die Kapazitäten der linken Kräfte zu bündeln. Seit die Kommunistische Plattform in der Partei DIE LINKE existiert ringt sie um die Zusammenarbeit mit anderen linken, anti-kapitalistischen Kräften.

Aus gemeinsamen Versammlungen und Veranstaltungen hat sich eine erste Struktur gebildet, die sich „Aktionseinheit links“ nennt. Wir stützen uns auf den gemeinsamen Beschluss „Grundpositionen für die Zusammenarbeit der Kommunisten“, den Mitglieder der DKP, der KPD und der Kommunistischen Plattform der PDS des Landes Brandenburg im April 2004 verabschiedeten. Wir haben vor

- gemeinsame Bildungsveranstaltungen zu organisieren;
- gemeinsame Veranstaltungen zum 1. Mai und 8. Mai sowie Friedens und Sommerfeste zu gestalten;
- gemeinsame kommunale Aktivitäten sowie Landesaktionen zu entwickeln;
- unsere Standpunkte und Aktivitäten in den regionalen Zeitungen sowie Mitteilungsblättern der linken Gruppierungen zu veröffentlichen.

In zahlreichen linken Basisgruppen ist dieses Zusammengehen bereits gängige Praxis. Sorgen wir dafür, dass auch auf Landes – und Bundesebene der Gedanke der antikapitalistischen Aktionseinheit stärker als bisher das Denken und Handeln linker Kräfte bestimmt.

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform

in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

## **Die DDR – ein Paukenschlag in der deutschen Geschichte**

Vortrag auf der Veranstaltung von Aktionseinheit Links in Brandenburg zur Würdigung der Gründung der DDR am 6. Oktober 2012 in Eberswalde

von Herbert Meißner

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Höhepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte. Das Wesen dieses Staates war zum Zeitpunkt seiner Gründung auf die Errichtung einer antifaschistisch – demokratischen Ordnung gerichtet. Erst drei Jahre später wurden der Aufbau des Sozialismus zum Staatsziel erklärt. Damit und mit der nachfolgenden Entwicklung wurde die Deutsche Demokratische Republik zur größten historischen Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese These stellen wir all jenen Verleumdungen, Beschimpfungen, Geschichtsfälschungen und Diskreditierungen entgegen, mit denen die DDR von der großbourgeoisen und kleinbürgerlichen Ideologie und Propaganda bis heute überschüttet wird. Aber ich werde Euch und mich nicht damit aufhalten, in diesem geistigen Müll zu wühlen. Wir erinnern uns auf dieser Festveranstaltung lieber an jene Fakten, Ereignisse und Entwicklungen, mit denen die eingangs genannte These gerechtfertigt und belegt wird.-

Diese Staatsgründung hatte natürlich ihre Vorgeschichte. Sie reicht vom Bund der Kommunisten unter Marx und Engels über die erste deutsche Arbeiterpartei unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis zu Ernst Thälmann und die vielen antifaschistischen Kämpfer in der Zeit des Faschismus. Das alles gehört zur Beantwortung der Frage, woher dieser Arbeiter- und Bauernstaat kam.

Aber die am 7. Oktober 1949 erfolgte Gründung beruhte auf drei unmittelbaren Voraussetzungen:

Erstens war die mächtigste europäische Kriegsmaschine, der kein kapitalistisches Land widerstanden hatte, von den Völkern der Sowjetunion und ihrer Roten Armee zerschlagen. Damit wurde der Weg frei für eine neue Gesellschaftsgestaltung.

Aber mehr noch: bei dieser Neugestaltung haben sowjetische Kommandanturen, Politoffiziere, Kulturschaffende und Wissenschaftler in Uniform Unersetzbares geleistet an politischer, verwaltungsmäßiger und kultureller Hilfestellung. Ich erinnere mich gern, wie an der im Herbst 1946 wiedereröffneten Leipziger Universität, an der ich bei Fritz Behrens politische Ökonomie studierte, der sowjetische Major Patent als Philosoph in öffentlichen Podiumsdiskussionen dem Idealismus bürgerlicher Professoren marxistisches Denken entgegenstellte.

Und ich konnte dabei sein, als am 30. Juni 1947 unter der Schirmherrschaft von Oberst Tjulpanow die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion von Jürgen Kuczynski und Peter – Alfons Steiniger gegründet wurde.

Die zweite Voraussetzung bestand darin, dass der jahrzehntelange Bruderkrieg der beiden großen Arbeiterparteien überwunden und ihre Vereinigung herbeigeführt wurde. Ich war als Hilfsarbeiter am Stadtrand des völlig zerstörten Dresden in einer Gummifabrik beschäftigt, wo es eine

Betriebsgruppe der SPD und der KPD gab. Da sich die kommunistischen Genossen intensiver mit mir beschäftigten, trat ich am 1. Januar 1946 der KPD bei. Seit dem bin ich über alle Höhen und Tiefen hinweg ohne Unterbrechung Parteimitglied, und zwar heute innerhalb der LINKEN bei der Kommunistischen Plattform.

In unserem Betrieb haben beide Betriebsgruppen die Vereinigung nicht nur unterstützt, sondern konkret mit vorbereitet. Und als dann im Frühjahr auf dem Dresdner Theaterplatz vor der Semperoper Wilhelm Koenen und Otto Buchwitz vor ca. 60000 Dresdnern die Notwendigkeit dieser Arbeitereinheit begründeten, war nichts zu spüren von „Zwangsvereinigung“. Es herrschte das Wissen darum, dass nur eine geeinte politische Partei die Werktätigen zur Gründung eines neuen demokratischen Staates führen kann.

Und die dritte Voraussetzung bestand darin, dass sich in der werktätigen Bevölkerung - und insbesondere in der jüngeren Generation – ein Aufbauwille durchsetzte und entfaltete, der auf die Überwindung der Kriegsfolgen und auf die Gestaltung einer neuen Gesellschaft orientiert war.

Dazu gehörte z. B., dass wir als erste Arbeiterstudenten - d. h. noch vor der Gründung der Arbeiter- und Bauernfakultäten – sofort eine Parteigruppe der SED bildeten und in harten Auseinandersetzungen mit CDU und LDPD die soziale Umgestaltung der Universität in Angriff nahmen. Das konnte nur erfolgreich sein dank der unerhörten Aktivität vieler Parteimitglieder, von denen viele später zu stabilen Stützen des Gerüstes wurden, welches dann den neuen Staat trug.

Hervor zu heben ist, dass all diese Aktivitäten tiefer Überzeugung entsprangen, dass es kein Obrigkeitsdenken und keinen Dirigismus gab, dass sich all das auf eine Weise vollzog, die wir heute als Basisdemokratie bezeichnen.

Diese Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols und die Öffnung der Wege zu Wissenschaft und Technik, zu Kunst und Kultur für alle Begabten unabhängig von sozialer Herkunft und Geldbeutel der Eltern war eine der größten politischen und zivilisatorischen Leistungen der DDR.

Oder denken wir an die Aktion der Leipziger und Jenenser Studentenschaft unter der damals landesweit bekannten Losung: Max braucht Wasser! Um das Stahlwerk in Unterwellenborn, die Maxhütte, mit Kühlwasser für einen vierten Hochofen zu versorgen, hat die neustrukturierte Studentenschaft von der Saale aus den Steilhang hinauf eine 6 km lange doppelrohrige Wasserleitung gebaut. In 96 000 Arbeitsstunden wurde dies in drei Monaten bewältigt, wofür Ingenieure und Bauplaner ein 3/4 Jahr veranschlagt hatten. Am 1. April im Jahre unserer Staatsgründung floss das erste Wasser den Berghang hoch zur Maxhütte. Im RotFuchs im Mai dieses Jahres habe ich darüber berichtet.

Liebe Genossen und Freunde!

Ich spreche über diese Frühzeit nicht aus Nostalgie. Es ist in den letzten Jahren Mode geworden – mitunter auch im linken Spektrum -, die Bewertung der DDR aus der Sicht ihrer letzten Jahre und an Hand ihrer Defizite vorzunehmen. Dabei wird eines der wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse ignoriert, nämlich dass sich alles in Natur und Gesellschaft ständig in Bewegung, in Veränderung und Entwicklung befindet. Das gilt auch für die DDR. Nur wenn man ihre heroische Gründungszeit, ihren wirtschaftlichen Aufbau, ihre wissenschaftliche und kulturelle Entfaltung und ihre internationale Wirksamkeit in die Betrachtung einbezieht, ist eine seriöse Gesamtwertung möglich.

Dabei wird nicht übersehen, dass sich im Prozess dieser Entwicklung und Veränderung auch negative Aspekte herausbildeten. Es entstanden Defizite in Wirtschaft und Verwaltung, bei Demokratie und Bürgernähe von

staatlichen und parteilichen Leitungsorganen. Diese und andere Faktoren führten später zum Niedergang unseres Staates, wobei nicht zu vergessen ist, dass etliche der Ursachen dafür nicht in Berlin lagen.

Aber die Hauptlinien der Gesellschaftsentwicklung gehen nach der Staatsgründung in Richtung Aufbau von Wirtschaft, Technik und Kultur. Und dies ohne Marshallplan, ohne Schwerindustrie mit Kohle und Stahl – die bekanntlich im Ruhrgebiet lag – und bei zeitweiliger Begleichung gesamtdeutscher Reparationen. Ich will unserer Veranstaltung nicht mit Zahlen und Statistiken belasten. Aber im Verlauf von ca. 25 Jahren zu den zehn entwickeltsten Industrienationen zu gehören, war bei diesen Ausgangsbedingungen eine beachtliche Leistung.

Dazu gehörte auch die Notwendigkeit, im August 1961 die Staatsgrenze der DDR zu sichern. Die Bundesrepublik hatte dank ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit in zunehmendem Maße DDR – Bürger aus Industrie, Landwirtschaft und Gesundheitswesen dazu verführt, die DDR zu verlassen und damit eine wirtschaftliche Ausblutung der DDR vorzubereiten.

Aber dies war nur die innerdeutsche Problematik. Die internationale Problematik bestand darin, dass es nicht nur um die Grenze zwischen zwei deutschen Staaten, sondern um die Grenze zwischen den beiden Weltsystemen, zwischen den beiden großen Militärböcken NATO und Warschauer Vertrag ging. Wäre eine weitere Zuspitzung dieser von der BRD angeschobenen Entwicklung zugelassen worden, hätte dies zu einem Konflikt zwischen den Machtblöcken und zur Gefahr einer kriegerischen Entwicklung geführt. Durch diese Politik entstand 1961 eine Spannungssituation in Deutschland, die den Weltfrieden gefährdete. In dieser Situation haben die Staaten des Warschauer Vertrages am 5. August 1961 in Moskau beschlossen, die DDR mit der Sicherung ihrer Staatsgrenze zu beauftragen. Die DDR hat diese Aufgabe erfüllt und damit

wesentlich zur Sicherung des Friedens beigetragen.

Übrigens haben namhafte westliche Politiker von Kennedy bis Strauß anerkannt, dass diese Maßnahmen eine Stabilisierung des Friedens bedeuteten. In seinen Erinnerungen hat Franz Joseph Strauß geschrieben: „Mit dem Bau der Mauer war die Krise, wenn auch in einer für die Deutschen unerfreulichen Weise, nicht nur aufgehoben, sondern eigentlich auch abgeschlossen“.

Die Richtigkeit dieser These wird dadurch bestätigt, dass von da an eine Entwicklung von der Konfrontation zur Entspannung einsetzte. Das ist gekennzeichnet durch

- den Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen BRD und DDR 1973;
- die Aufnahme der DDR in die UNO 1973 und ihre zeitweilige Wahrnehmung des Vorsitzes im Sicherheitsrat und in der Vollversammlung der UNO;
- die Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit 1972 bis 1975 in Helsinki;
- und die diplomatische Anerkennung von 135 Staaten.

Diese Entspannungspolitik wurde begleitet und fortgesetzt in einer großen Anzahl von Gesprächen bei Besuchen vieler hochrangiger Staatsmänner aus der BRD und anderen Ländern in der DDR. Und noch am 7. September 1987 wurde der Staatsratsvorsitzende der DDR in Bonn mit allen protokollarischen Ehren und dem Klang der Nationalhymne der DDR empfangen.

Dies alles diente der Realisierung unserer friedenspolitischen Staatsdoktrin.

Gestattet mir, liebe Genossen an dieser Stelle einen kleinen Exkurs: diese friedenspolitische Linie wird heute konsequent fortgesetzt von der einzigen Partei im Bundestag, die jeden Bundeswehreinsatz im Ausland ablehnt, die



jeden Waffenexport verhindern will, die jede Kriegsdrohung verurteilt. Diese Beibehaltung der Friedenspolitik der DDR ist ein entscheidendes politisches Alleinstellungsmerkmal der Partei DIE LINKE.

Allerdings gibt es in dieser Partei auch sozialreformistische Kräfte, die sich bemühen, diese friedenspolitische Position aufzuweichen und zu unterwandern. Da sollen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit UN-Mandat akzeptiert werden. Da sollen Rüstungs- und Waffenexporte nur in Krisengebiete untersagt werden – was immer das heißen mag. Ich nenne keine Namen und keine Strömung – Ihr wisst ohnehin, wovon die Rede ist.

Es kommt jetzt darauf an, dass die marxistischen Kräfte in der Partei, wie die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, die Antikapitalistische Linke u. a. - gestützt auf die Parteibasis - auch weiterhin dafür sorgen, dass einer solchen sozialreformistischen Linie weder jetzt noch in Zukunft eine Chance gelassen wird. Damit setzen wir die friedenspolitische Tradition der DDR konsequent fort!

Liebe Genossen und Freunde!

Hier ist jetzt der Platz, um über die sozialen Errungenschaften der DDR zu sprechen. Da gibt es so viel zu sagen über geschützte Kindheit und sichere Arbeitsplätze, über Wohnungsbau und niedrige Mieten, über unbegrenzte Bildungschancen und sorgenfreies Alter, dass eine ausführliche Darstellung unseren Zeitrahmen sprengen würde. Aber es ist ja in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel darüber veröffentlicht worden. Und inzwischen haben die meisten Bürger der neuen Bundesländer erfahren und erkannt, was ihnen an sozialer Sicherheit und Lebensqualität, an Perspektivgewissheit und menschlicher Gemeinsamkeit verlorengegangen ist. Verlorengegangen durch die gezielte Einleitung einer konterrevolutionären Entwicklung, begünstigt durch grobe Fehler der eigenen Führung, preisgegeben vom einstmals festen Verbündeten und

vollendet durch die von der BRD vollzogenen Annexion.

Aber auf einen anderen Bereich der Gesellschaftsentwicklung in der DDR möchte ich Eure Aufmerksamkeit richten. Es geht um Kunst und Kultur. Die Geschichte der DDR ist zu einem wesentlichen Teil Kulturgeschichte. Und diese ist – obwohl man uns das gern aufschwätzen möchte – keineswegs geprägt durch die Ausweisung des zum Antikommunisten mutierten Wolf Biermann oder durch das 11. Plenum. Natürlich kommen wir nicht daran vorbei und haben sogar die Pflicht, jene negativen Wirkungen auf die kulturelle und künstlerische Wirkung zu analysieren, die mit dem Stichwort 11. Plenum zu kennzeichnen sind. Dazu liegen auch schon bemerkenswerte Studien vor. Damals – also 1965 – wurden wertvolle künstlerische Entwicklungen abgebrochen. Das Schaffen hochqualifizierter Schriftsteller und Filmschaffender wurde stark beschnitten.

Aber dennoch: Geprägt wurde die Kulturentwicklung durch solch international renommierte Spielstätten wie das Berliner Ensemble unter Bert Brecht und Helene Weigel, die Komische Oper unter Walter Felsenstein, das Deutsche Theater unter Wolfgang Langhoff und Wolfgang Heinz sowie viele andere international gefragte Theaterbühnen. Wer die von Bert Brecht und Kurt Weill geschaffene „Dreigroschenoper“ und dabei Wolf Kaiser als Mackie Messer gesehen hat, wer Helene Weigels „Mutter Courage“ oder den „Kaukasischen Kreidekreis“ erlebt hat, wird dies sein Leben lang nicht vergessen. Jedenfalls mir geht es so!

Das Gleiche kann man sagen von Ekkehard Schalls „Arturo Ui“. Und so könnte man diese Aufzählung fortsetzen von der Brechtinterpretin Gisela May bis zum Volksschauspieler Erwin Geschonneck.

Aber wir müssen nicht die ganze Theatergeschichte vorführen, um zu erkennen, dass damit die DDR einen bedeutsamen Beitrag zur Weltkultur geleistet hat.

Das gilt auch für die bildende Kunst. Fritz Cremers Denkmäler in Buchenwald sind weltberühmt. Das große Bauernkriegsfresko von Werner Tübke in Bad Frankenhausen wurde seit seiner Fertigstellung 1987 bis heute von 2,5 Millionen Besuchern besichtigt. Auch dies lässt sich fortsetzen durch Verweis auf die lebensvollen Figuren von Willi Sitte, auf die expressive Malerei von Walter Mattheuer und auf die realistischen Bilder von Womacka.

Blicken wir auf die Schriftstellerei, so zeigt sich auch hier eine beträchtliche Wirkung. Wer kennt nicht „Das Siebte Kreuz“ von Anna Seghers, Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen“, „Die Aula“ von Hermann Kant oder „Professor Mamlock“ von Friedrich Wolf.

Lassen wir die Aufzählung, sonst reicht unsere Zeit nicht. Aber ich hielt dieses etwas ausführlichere Eingehen auf die kulturelle Seite der DDR aus folgendem Grunde für sinnvoll: die sozialpolitischen Errungenschaften hat jeder Bürger unmittelbar erfahren, z. T. schon für selbstverständlich gehalten, und ihr heutiger Verlust ist täglich spürbar. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Aspekte von Kunst und Kultur ebenso selbstverständlich in unseren Hinterköpfen sitzen. Deshalb diese Betonung.

Deutlich ist jedenfalls für jeden ernsthaften und kulturell interessierten Menschen, dass in der DDR Kunst und Kultur auf einem höheren Niveau standen, als der inzwischen immer stärker zunehmende Kulturverfall in der Bundesrepublik.

Die internationale Ausstrahlung in der DDR führt uns zu einem weiteren Aspekt – dem Internationalismus. Internationalismus und internationale Solidarität gehörten zur Staatsdoktrin der DDR. Aber ihre Realisierung wurde lange Zeit behindert durch den Alleinvertretungsanspruch der BRD, die sogenannte Hallstein - Doktrin. Die internationalen Aktivitäten der DDR haben sich aber dagegen durchgesetzt. Dieser Internationalismus hatte

vielerlei Formen – vor allem aber der Hilfestellung und Unterstützung für viele schwach entwickelte Länder in Asien, Afrika und Südamerika. Dabei spielte neben Wirtschaftshilfe und Politikberatung eine wichtige Rolle die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs auf vielerlei Fachgebieten. In den fünfziger und sechziger Jahren habe ich an der Hochschule für Ökonomie in Berlin – Karlshorst Studenten und Aspiranten aus der Dritten Welt in Wirtschaftswissenschaften ausgebildet, habe Doktoranden betreut und zur Promotion geführt – und noch Jahre danach bekam ich aus verschiedenen Ländern Briefe und Einladungen von Absolventen, die Zuhause zu Professoren oder Wirtschaftsexperten geworden waren.

Mit ihrer internationalen Solidarität hat die DDR ein Stück an der Weltgeschichte mitgeschrieben. Jedenfalls hat sie gezeigt, was sozialistischer Aufbau zu leisten vermag – und dies selbst bei äußerer Gegnerschaft und innerer Selbstbeschädigung.

Bei all dem wollen wir nicht ignorieren, dass es besonders in der Endphase der DDR zur Zuspitzung von Schwierigkeiten gekommen ist, die schon lange vorher angebahnt wurden. Die Versorgungslücken bei Waren des täglichen Bedarfs waren evident. Die sozialpolitischen Leistungen überstiegen bei weitem die eigentliche Wirtschaftskraft. Diese Entwicklung ging zu Lasten der Erneuerung und Modernisierung der Produktion und führte zu einem hohen und steigenden Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie und zum Verfall großer Teile der Infrastruktur.

Das alles wissen und bedauern wir. Aber wir wissen auch noch etwas anderes: dass nämlich die Behauptung, die DDR war am Ende ihrer Wirtschaftskraft, war Bankrott, war Pleite, war so gut wie zahlungsunfähig – das diese Behauptung eine politische Lüge ist, eine Zweckbehauptung. Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung der DDR 19,9 Mrd Valutamark. Das entspricht 760 Dollar pro Einwohner. Im Vergleich zur heutigen Auslandsverschuldung vieler Industriestaaten einschließlich BRD und USA

war dies eine durchaus volkswirtschaftlich beherrschbare Größe.

Dieses Problem hat noch eine andere Seite. Die Deutsche Bundesbank hat in ihrem Jahresbericht 1989 festgestellt, dass die DDR offene Forderungen gegenüber der UdSSR hatte in Höhe von 3,1 Mrd. Valutamark und gegenüber den anderen RGW Staaten in Höhe von 6,1 Mrd. Valutamark. Diese Werte, von den Werktätigen der DDR erarbeitet, wurden von der Bundesregierung unter dem SPD – Kanzler Gerhard Schröder den inzwischen kapitalistisch transformierten Ländern erlassen. Das heißt: DDR – Milliarden wurden buchstäblich kapitalistischen Wirtschaften geschenkt.

Dazu noch zwei Fakten: erstens hat die Treuhand Volksvermögen der DDR in Höhe von rund umgerechnet 320 Milliarden Euro enteignet und für Schnäppchenpreise an westdeutsche Konzerne und Unternehmer übereignet. Und zweitens haben selbst westdeutsche Wirtschaftsinstitute berechnet, dass von den für Investitionen und Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland ausgegebenen Geldern etwa 78% in die Taschen der westdeutschen Unternehmen zurückfließen. Die Umverteilung erfolgt dergestalt, dass von Bundesbehörden öffentliche Mittel als Transferleistungen in den neuen Bundesländern eingesetzt werden und die damit erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse werden durch den Verkauf von Autos und Konsumgütern aller Art sowie Immobilienhandel an die westdeutschen Konzerne und Unternehmen zurücktransferiert. Das bedeutet nicht nur, dass die Ergebnisse ostdeutscher Arbeit vielfach auf westdeutschen Bankkonten landen. Es bedeutet auch, dass die aus bundesdeutschen Steuergeldern stammenden Transfermittel auf diesem Umweg ebenfalls dem westdeutschen Kapital zugeführt werden. Auch der westdeutsche Steuerzahler wird auf diese Weise zusätzlich ausgebeutet.

Nimmt man das alles zusammen, so zeigt sich am Ende der DDR das Bild einer Volkswirtschaft, die zwar keineswegs völlig gesund, aber auch nicht sterbenskrank war.

Nach ihrem Abtreten von der Bühne der Geschichte unternehmen alle antisozialistischen Kräfte die gewaltsamsten Anstrengungen, um die DDR aus dem Gedächtnis der politischen Öffentlichkeit zu tilgen. Schon jetzt ist erkennbar, dass dies nicht nur nicht gelingt, sondern dass sich die Wertungen zunehmend objektivieren.

Heute, am Vorabend des Termins der Staatsgründung haben wir nach wie vor allen Grund, auf das damals Geleistete stolz zu sein und diesen Jahrestag entsprechend zu würdigen!

Die Deutsche Demokratische Republik war nicht, wie das die bürgerlichen Medien im zeitgeschichtlichen Bewusstsein verankern möchten, eine Fußnote in der Geschichte. Sie war ein Paukenschlag! Ein Paukenschlag in der deutschen Geschichte – und gemäß der zentralen Stellung und dem Gewicht Deutschlands in Europa auch ein Paukenschlag in der Geschichte Europas!

Und auch wenn dieser Paukenschlag inzwischen verhallt ist – wir haben ihn noch im Ohr! Und wir werden dafür sorgen, dass dieser Paukenschlag auch künftigen Generationen noch in den Ohren klingt – aufrüttelnd sie für künftige revolutionäre Taten!